

Ein Frauenhaus für den Landkreis Traunstein

Schutz, Sicherheit und Perspektiven

1. Ausgangslage:

Häusliche und sexualisierte Gewalt ist kein Randphänomen. In Deutschland erlebt statistisch jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexualisierte Gewalt. Jedes Jahr suchen bundesweit zehntausende Frauen und Kinder Schutz in Frauenhäusern – viele von ihnen vergeblich, weil es zu wenige Plätze gibt.

Die Istanbul-Konvention (offiziell: Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt), zu deren Umsetzung Deutschland verpflichtet ist, empfiehlt mindestens 2,5 Frauenhausplätze pro 10.000 Einwohner*innen. Dieser Richtwert wird bundesweit und auch in Bayern deutlich unterschritten.

In Bayern gibt es derzeit nur rund 40 staatlich geförderte Frauenhäuser mit weniger als 400 Plätzen für Frauen. Schon diese Zahl zeigt: Der Bedarf ist erheblich größer als das Angebot.

Die Situation im südostbayerischen Raum: Traunstein ist unterversorgt

Der Landkreis Traunstein hat kein eigenes Frauenhaus. Betroffene Frauen und ihre Kinder werden in der Regel in das Frauenhaus Rosenheim vermittelt, das für einen großen Einzugsbereich zuständig ist – faktisch für Stadt und Landkreis Rosenheim, seit 2025 auch für das Berchtesgadener Land sowie auch für den Landkreis Traunstein.

Das Frauenhaus Rosenheim verfügt über acht Plätze für Frauen und zusätzlich 16 Plätze für deren Kinder. und ist nach eigenen Angaben und Berichten aus der Region regelmäßig voll belegt. Immer wieder müssen Frauen abgewiesen oder in weit entfernte Frauenhäuser vermittelt werden. Für viele Betroffene bedeutet das:

- lange und belastende Wege
- Trennung vom sozialen Umfeld
- zusätzliche Hürden für Frauen mit Kindern
- erhöhte Gefahr, im gewalttätigen Umfeld zu bleiben
- durch fehlende Strukturen sind Opfer noch zusätzlich belastet

Diese Situation zeigt klar: Die Mitversorgung über Rosenheim reicht nicht aus. Der Landkreis Traunstein verlässt sich bislang auf eine Struktur, die bereits überlastet ist.

Zwar gibt es im Landkreis bzw. in der Stadt Traunstein die Möglichkeit der Unterbringung in einer Krisen-/Schutzwohnung, diese ist jedoch in der Regel als kurzfristige Übergangslösung meist auf wenige Nächte bis zu einigen Wochen begrenzt, bis eine Anschlusslösung gefunden ist.

2. Kommunale Verantwortung: Der Landkreis kann handeln

Der Schutz von Frauen vor Gewalt ist eine öffentliche Aufgabe. Der Landkreis Traunstein

ist zuständig für soziale Infrastruktur, Jugendhilfeplanung und die Finanzierung von Hilfsangeboten. Er hat damit konkrete Möglichkeiten, die Situation zu verbessern.

DIE LINKE fordert für den Landkreis Traunstein:

Der Landkreis muss die Einrichtung eines eigenen Frauenhauses aktiv vorantreiben – in Kooperation mit erfahrenen freien Trägern. Ziel ist ein wohnortnahes, anonymes und barrierearmes Schutzangebot für Frauen und ihre Kinder.

3. Verlässliche Finanzierung statt Notlösungen

Frauenhäuser dürfen nicht von Projektmitteln oder jährlichen Haushaltsdebatten abhängen. Bundesweit zeigt sich: Unsichere Finanzierung führt zu Personalmangel, eingeschränkten Öffnungszeiten und zu wenig Plätzen.

Konkret heißt das für Traunstein:

Der Landkreis muss eine langfristige, auskömmliche Finanzierung sicherstellen und ergänzend Landes- und Bundesmittel einwerben. Öffentlicher Gewaltschutz darf nicht vom guten Willen Einzelner abhängen.

4. Bedarfsgerechte Ausstattung: Schutz braucht Qualität

Ein Frauenhaus im Landkreis Traunstein muss den tatsächlichen Bedarfen gerecht werden.

Dazu gehören:

- ausreichend Plätze für Frauen und Kinder
- barrierefreie Zugänge und Zimmer
- verbindliche Sicherheitskonzepte
- rund um die Uhr erreichbares Fachpersonal
- psychosoziale Beratung und Traumabegleitung

Der Landkreis kann über Finanzierung und Steuerung sicherstellen, dass Qualität nicht dem Sparzwang geopfert wird.

5. Frauen mit Kindern: Schutz darf nicht an der Schultür enden

Ein großer Teil der Frauen, die Schutz suchen, kommt mit Kindern. Studien zeigen, dass Kinder in gewaltbelasteten Haushalten besonders stark gefährdet sind.

DIE LINKE fordert deshalb:

- enge Zusammenarbeit von Frauenhaus, Jugendamt, Kitas und Schulen
- unbürokratische Lösungen bei Kita- und Schulwechseln
- kindgerechte Räume und Angebote im Frauenhaus
- fachliche Unterstützung für traumatisierte Kinder

6. Nach dem Frauenhaus: Ohne Wohnung keine Sicherheit

Bundesweit zeigt sich: Viele Frauen bleiben länger als nötig im Frauenhaus, weil sie keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Auch im Landkreis Traunstein ist

Wohnraumangel ein zentrales Problem.

Was der Landkreis konkret tun kann:

- Vorrangiger Zugang zu kommunalem Wohnraum für gewaltbetroffene Frauen
- Kooperation mit Städten, Gemeinden und Wohnungsbaugesellschaften
- Begleitung bei Behörden, Jobcenter, Ausbildung und Arbeit

7. Prävention und Vernetzung im Landkreis stärken

Ein Frauenhaus ist unverzichtbar – aber es allein reicht nicht aus.

DIE LINKE setzt sich im Landkreis Traunstein ein für:

- enge Vernetzung von Frauenhaus, Beratungsstellen, Polizei, Gesundheitswesen und Jugendhilfe
- Öffentlichkeitsarbeit gegen Gewalt an Frauen
- Präventionsprojekte in Schulen und Jugendeinrichtungen
- regelmäßige Fortbildungen für Fachkräfte

Unser Anspruch:

Die Zahlen sind eindeutig, die Lücken offensichtlich. Der Landkreis Traunstein darf sich nicht länger darauf verlassen, dass andere Landkreise seine Verantwortung mittragen.

Ein eigenes Frauenhaus ist kein Symbolprojekt, sondern eine zwingend notwendige Maßnahme zum Schutz von Frauen und Kindern.

Gewalt ist keine Privatsache. Schutz ist eine kommunale Pflicht.